

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Verwaltung / IT-Abteilung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 10 TVöD (Entgeltordnung/VKA)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Beschäftigter Informations- und Kommunikationstechnik	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Pakt ÖGDG

Finanzierungsanteil:

100 % (ca. 78.019 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 24.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	Entgeltgruppe 10 TVÖD/VKA	Stellen-Nr. 200
Abteilung/Abschnitt 53/11	ab	01.12.2021	Zeitanteil in %
	Amtsbezeichnung	Beschäftigte/r in der Informations- und Kommunikationstechnik	
1,0 St. (39 Std.)	Funktionsbezeichnung	Sachbearbeiter/in	
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Mitwirkung bei der Digitalisierung von Verwaltungsleistungen im Gesundheitsamt			35
2. Klärung von Voraussetzungen für die Weiterverarbeitung elektronischer Daten (Anbindung Fachverfahren, Einsatz DMS, externe Kommunikationswege)			15
3. Prüfung der Erweiterung von Fachverfahren zur Umsetzung des OZG			10
4. Betreuung von Fachverfahren und Benutzenden			10
5. Klärung von technischen Anforderungen hinsichtlich der Digitalisierung von Geschäftsprozessen			10
6. Begleitung (einschließlich Prüfung und Abnahme) der technischen Umsetzung durch den IT-Dienstleister			10
7. Konfigurieren von Windows Servern/ Active Directory/ SQL Datenbanken			5
8. Mitwirkung bei der Beschaffung von Hard- und Software			5

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 53/4 /

Organisatorische Leitung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung 53/4	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 59.635 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalaufwandskosten 2023)
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 29.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 11 TVÖD/VKA	Stellen-Nr. 2
Abteilung/Abschnitt 53/4	ab	01.12.2021	
	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil in %
1,0 St. (39 Std.)	Funktionsbezeichnung	Stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung	
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Organisatorische und stellvertretende Leitungs- und Führungsverantwortung sowie Beratungstätigkeit <ul style="list-style-type: none"> - Stellvertretende Leitung der Abteilung - Dienst- und Fachaufsicht innerhalb der Abteilung mit Ausnahme des ärztlichen Bereichs, Koordination der Arbeitsabläufe innerhalb der Abteilung gemäß Organigramm mit ca. 20 Mitarbeitenden - Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung innerhalb der Abteilung - Sicherstellung des zielgerichteten Informationsflusses innerhalb sowie bedarfsgerecht außerhalb der Abteilung, einschl. Konfliktmanagement 			20
2. Erarbeitung von Grundsätzen, Richtlinien und Anweisungen sowie Überwachung der Durchführung und Einhaltung innerhalb der Abteilung <ul style="list-style-type: none"> - Controlling und Organisation der Abteilungsaufgaben einschließlich Zuarbeiten von Qualitätsdaten zu den vorgegebenen Standards - Systematische Implementierung, Überprüfung, Optimierung und Koordinierung interner Arbeitsprozesse einschließlich Verantwortlichkeit für die Struktur- und Prozessqualität innerhalb der Abteilung und den einzelnen Teams - Lösungsorientierter konstanter Informationsaustausch und Erfahrungsaustausch innerhalb der Abteilung - Enge Zusammenarbeit hinsichtlich Struktur- und Prozessoptimierung interner Organisationsmaßnahmen, strategische Unterstützung bei der Gestaltung effizienter Gruppenprozesse der einzelnen Teams - Sicherstellung von Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit der Abteilung - Regelmäßige Teilnahme an Besprechungen - Beratungsfunktion und Austauschförderung innerhalb der Fachabteilung sowie vernetzende vertretende Teilnahme und Austausch in Fach- und Arbeitsgruppen 			35

<p>3. Vertretung der Abteilung innerhalb des Amtes sowie gegenüber anderen Institutionen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zuarbeiten an Vorgesetzte und Amtsleitung, z.B. hinsichtlich Stellungnahmen zu Anfragen aus der Politik, zu Entwürfen von Empfehlungen, Verordnungen oder auch Gesetzen aus dem Bereich des Kinder- und Jugendgesundheitsdienstes etc. - Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch innerhalb des Amtes sowie mit anderen Institutionen und Partnern, z.B. auf kommunaler Ebene - Bedarfsgerechte Kooperation mit anderen Abteilungen einschließlich Gremienarbeit - Prozessbegleitung der Neugestaltung des SGB VIII im Kontext Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) - Koordination „Frühe Hilfen“ – stellv. in der LAG Frühe Hilfen Bremen, u. a. auch Erarbeitung von Informationsmaterialien, Zuarbeiten zu Vorträgen und Ähnlichem 	40
<p>4. Stellvertretende:r Datenschutzbeauftragte:r als zentraler Ansprechpartner im Amt sowie als Schnittstelle zu einen künftigen externen Dienstleister</p>	5%

Allgemeine Hinweise:

Absolvent:in des Studienganges Public Health/Gesundheitswissenschaften (B.A. oder B.Sc.) mit Leitungserfahrung und Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitswesen

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Gesundheitsamt
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet Infektionsschutz und Umweltbezogener Gesundheitsschutz /
Sachgebiet Katastrophenschutz 53/33

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung und Sachgebietsleitung	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 92.735 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalaufwandskosten 2023)
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 24.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 13 TVÖD/VKA (1,0 Stelle)	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/3	ab	01.12.2021	200
Sachgebiet 53/33 Ka- tastrophenschutz	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Stellv. Abteilungsleitung / Organisatorische Leitung und Sachgebietsleitung	
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Organisatorische und stellvertretende Abteilungsleitung Infektionsschutz sowie Beratungstätigkeit			35
<ul style="list-style-type: none"> - Stellvertretende Leitung der Abteilung - Dienst- und Fachaufsicht innerhalb der Abteilung mit Ausnahme des ärztlichen Bereichs, Koordination der Arbeitsabläufe innerhalb der Abteilung - Verantwortung für die ordnungsgemäße Aufgabenerledigung innerhalb der Abteilung - Systematische Überprüfung, Optimierung und Koordinierung interner Arbeitsprozesse innerhalb der Abteilung und Teams - Zielgerichteter Informationsfluss innerhalb sowie bedarfsgerecht außerhalb der Abteilung - Controlling und Organisation der Abteilungsaufgaben einschließlich Zuarbeiten von Qualitätsdaten - Planung, Durchführung und Leitung von abteilungsinternen und übergreifenden Besprechungen - Regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch innerhalb der Abteilung, des Amtes sowie mit anderen Institutionen und Partnern z.B. auf kommunaler Ebene - Zuarbeiten an Vorgesetzte und Amtsleitung, z.B. hinsichtlich Stellungnahmen zu Anfragen aus der Politik, Empfehlungen, Verordnungen oder auch Gesetzen aus dem Bereich der Infektions- und Umwelthygiene auf Landes- und Bundesebene, statistischen Erhebungen z.B. gem. § 10 ÖGDG sowie Vorbereitung erforderlicher Beschlussfassungen - Teilnahme an Besprechungen der Amtsleitung 			

<p>2. Sachgebietsleitung und Sachbearbeitung Katastrophenschutz</p> <ul style="list-style-type: none"> - Leitung des Sachgebiets mit einer/einem weiteren Beschäftigten - Festlegung der Aufgabenverteilung - Weiterentwicklung der Sachgebiets- und Abteilungsstruktur - Teilnahme an der strategischen Fortentwicklung des Katastrophenschutzes - Laufende Anpassung / Weiterentwicklung des Katastrophenschutzplans der Stadt Bremerhaven, Teilkalender Gesundheit/Pandemie - Aufstellung und in der Folge regelmäßige Evaluierung der strategischen Vorplanungen für die Bereiche Gesundheit/Pandemie - Organisation des Krisenmanagements durch strategische Fortentwicklung und Evaluierung des Katastrophenschutzes in enger Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, u.a. oberste Landesbehörde (SfGFV) sowie den verantwortlichen Stellen der angrenzenden Gebietskörperschaften - Vertretung des Gesundheitsamtes im Arbeitskreis Katastrophenschutz der Stadt Bremerhaven - Spitzensachbearbeitung bei der Betreuung der Magistratsverwaltung i. S. Pandemieplanung - Evaluierung der bestehenden Beteiligung an der städtischen Krisenstabsorganisation und Ableitung von Handlungsnotwendigkeiten sowie deren Umsetzung - Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit der Pressestelle des Magistrats, Koordination der Außenkommunikation des Gesundheitsamtes im Katastrophenfall (bei Szenariobezug Gesundheit/Pandemie) - Ständig berufenes Mitglied im Stab für Außergewöhnliche Einsätze (SAE), Krisenstab/Katastrophenschutzstab der Stadt Bremerhaven - Verbindungsperson im Krisen- oder Katastrophenschutzstab des Landes 	55
<p>3. Datenschutzbeauftragte:r als zentraler Ansprechpartner im Amt sowie als Schnittstelle zu einem künftigen externen Dienstleister</p>	10

Allgemeine Hinweise:

Sicherheitsmanager:in mit entsprechendem Studienabschluss (Master oder Diplom) mit Kenntnissen im Bereich Medizin und assoziierter Bereiche sowie Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitsdienst

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Stabstelle Gesundheitsberichterstattung und -planung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

Stadtangestellte:r

- Neuschaffung
- Streichung
- Umwandlung
- Höherbewertung
- Abwertung
- Ausweisung
- Übertragung
- Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,0
 anerkannter Bedarf - Soll
 kw-Vermerk/e
 ku-Vermerk/e
 (ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 13 TVöD (Entgeltordnung/VKA)

Funktionsbezeichnung neu

Stadtangestellte:r für Gesundheitsberichterstattung und -planung

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
 Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 92.763 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalaufwände 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle mit 0,5 zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt. Mittlerweile ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, die Stelle auf 1,0 aufzustocken. Die Begründung ist als Anlage beigefügt. Die zusätzlichen Kosten stehen durch Einsparung im Bereich ÖGD-Pakt-Stellen im Verwaltungsbereich zur Verfügung.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 24.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Begründung für eine Stellenaufstockung im Bereich Gesundheitsberichterstattung

Die Notwendigkeit einer Stellenaufstockung im Bereich der Gesundheitsberichterstattung innerhalb des Gesundheitsamtes wird insbesondere durch die zusätzlichen Aufgaben einer integrierten Gesundheits- und Präventionsplanung begründet. In Anbetracht der sich wandelnden Anforderungen im Gesundheitswesen und der zunehmenden Bedeutung einer effektiven und datenbasierten kommunalen Gesundheitsförderung wird dieser Schritt für unerlässlich angesehen.

1. **Verknüpfung von Informationen und Maßnahmen:** Die bisherige Gesundheitsberichterstattung soll um das wichtige Tätigkeitsfeld der Gesundheits- und Präventionsplanung erweitert werden. Diese Erweiterung verfolgt das Ziel, die Erkenntnisse und Ergebnisse aus den Gesundheitsberichten direkt in kommunale Planungsprozesse zu überführen. Dies ermöglicht die Entwicklung passgenauerer Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, die auf den aktuellen Daten und Trends und Rahmenbedingungen basieren. Eine Stellenaufstockung im Bereich der Gesundheitsberichterstattung, die gleichzeitig eine integrierte Gesundheitsplanung abdeckt, schließt die bisherige Lücke zwischen Datenauswertung, Information und Umsetzung in der Kommune (z.B. in Lebenswelten wie Stadtteil, Kita oder Schule).
2. **Zeitaufwändiger, aber unerlässlicher Tätigkeitsbereich:** Eine integrierte Gesundheits- und Präventionsplanung erfordert einen größeren Zeitumfang als die bisherigen Berichterstattungstätigkeiten. Die Analyse der kommunalen bzw. kleinräumigen Gesundheitsdaten, die Initiierung von Planungsprozessen, die Abstimmung mit verschiedenen Akteuren und die Umsetzung konkreter Maßnahmen erfordern eine kontinuierliche und vertiefte Arbeit. Dieser zusätzliche Aufwand ist jedoch unerlässlich, um nachhaltige Gesundheitsmaßnahmen zu entwickeln.
3. **Effektive Nutzung der Ressourcen:** Durch die enge Verknüpfung von Gesundheitsberichterstattung und integrierter Gesundheitsplanung können wir sicherstellen, dass unsere Ressourcen effektiv eingesetzt werden. Die Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung werden auf Grundlage genauer kleinräumiger Analysen und fundierter Daten getroffen, was letztendlich zu einer besseren Ausrichtung unserer Bemühungen führt.
4. **Schließung einer bisherigen Lücke:** Das zusätzliche Tätigkeitsfeld einer integrierten Gesundheitsplanung fungiert als lang vermisste Schnittstelle zwischen Gesundheitsberichterstattung und praktischer Umsetzung sowie der Verzahnung von Gesundheitsdaten mit Sozial- und Umweltdaten. Sie stellt sicher, dass die Erkenntnisse und Empfehlungen aus den Berichten nicht nur passiv aufgenommen werden, sondern aktiv und integrierend in zielgerichtete Maßnahmen umgewandelt werden. Dies trägt zur Effektivität unserer Gesundheitsstrukturen in Bremerhaven bei.

Angesichts dieser Faktoren wird dringend empfohlen, den Bereich der Gesundheitsberichterstattung mit dem Tätigkeitsbereich der integrierten Gesundheitsplanung zu verstärken und auszubauen. Dieser integrative Ansatz wird dazu beitragen, dass wir nicht nur umfassende und genaue Informationen zur Verfügung stellen, sondern auch effektive Maßnahmen zur Gesundheitsförderung entwickeln und umsetzen können. Vergleichbar große Städte (z.B. Lübeck oder Reutlingen) verfolgen schon länger diesen kooperativen Ansatz, bei dem die Gesundheitsberichterstattung als Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen zur Gesunderhaltung der Bevölkerung dient. Dies zeigt, dass Städte erfolgreich Strategien zur Verknüpfung von Gesundheitsberichterstattung und integrierter Gesundheitsplanung umsetzen.

Amt 53	Bewertung	EG 13 TVÖD/VKA (1,0 Stelle)	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt	ab	01.12.2021	200
53/Stabsstelle	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil
1,0 Stelle	Funktionsbezeichnung	Stadtangestellte:r	in %
Arbeitsplatzbeschreibung			
Gesundheitsberichtserstattung			70
Gesundheitsberichtserstattung über alle epidemiologischen, gesundheitsökonomischen und sonstigen relevanten Daten (Bund/Länder/Kommunen)			
Implementierung einer wissenschaftlichen fundierten Berichterstattung als Grundlage für Beratung und Entscheidungsprozesse der Kommune			
Perspektivische Förderung der Zusammenarbeit mit der Uni Bremen (Public Health)			
Gesundheitsplanung			20
Gesundheits- und Präventionsplanung nach dem Public Health Action Cycle (Analyse der kleinräumigen Bedarfe, Strategieentwicklung, Umsetzung, Evaluation) in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle Gesundheitswissenschaften			
Vertretung von gesundheitlichen Interessen von vulnerablen Personengruppen (z.B. Beteiligung an Netzwerken)			
Berichterstellung, Kommunikation und Beratung von Politik, Fachkräften und gesundheitsbezogenen Netzwerken			
Vertretung der Stelle 20054			10

Allgemeine Hinweise:

Naturwissenschaftler:in mit einem entsprechenden Studienabschluss (Master oder Diplom) mit Erfahrung in der Auswertung und Bewertung medizinischer oder epidemiologischer Daten sowie in wissenschaftlicher Aufbereitung und Berichterstattung und Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitswesen

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Verwaltungsabteilung Gesundheitsamt 53/1

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- Neuschaffung
- Streichung
- Umwandlung
- Höherbewertung
- Abwertung
- Ausweisung
- Übertragung
- Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,0
 anerkannter Bedarf - Soll
 kw-Vermerk/e
 ku-Vermerk/e
 (ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 11 TVöD (Entgeltordnung/VKA)

Funktionsbezeichnung neu

Stadtangestellte:r für den Bereich ÖGD-Pakt und Digitalisierung

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
 Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 81.821 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalthauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom *14.11.2021* (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	Entgeltgruppe 11 TVÖD/VKA	Stellen-Nr. 200
Abteilung/Abschnitt 53/11	ab	01.12.2021	
1,0 St. (39 Std.)	Funktionsbezeichnung	Sachbearbeiter:in	Zeitanteil in %
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst <ul style="list-style-type: none"> - Verantwortliche Vertretung des Magistrats in der Arbeitsgruppe „ÖGD-Pakt“ des Bundeslandes Bremen - Erstellung von Konzepten einschließlich der Herleitung der erforderlichen Beschlussslagen - Ermittlung, Beschreibung und Begleitung des Besetzungsverfahrens der auf der Grundlage des ÖGD-Paktes geschaffenen Stellen einschließlich der Anpassung von sich ggf. ändernden Bedarfen - Selbstständige Beantragung und Abrechnung möglicher Fördermittel einschließlich der Vorlage der entsprechenden Verwendungsnachweise sowie der eigenverantwortlichen Vertretung des Magistrats bei bundes- und landesweiten Statistikerhebungen 			35
2. Digitalisierung des Gesundheitsamtes <ul style="list-style-type: none"> - Erstellung einer Digitalisierungsstrategie für das Gesundheitsamt sowie Entwicklung eines Prozessverständnisses innerhalb der Belegschaft, u. a. Erstellung der Ist-Analyse sowie Entwicklung der Soll-Prozessstruktur - Evaluierung und fortlaufende Optimierung der eingeleiteten Prozesse - Verantwortliche Vertretung des Magistrats in der Arbeitsgruppe „Digitalisierung“ des Bundeslandes Bremen - Vernetzung mit anderen Gesundheitsämtern, u. a. auch mit dem Ziel, gemeinsam an Schulungen teilzunehmen oder auch Schulungen zu organisieren - Erstellung von Konzepten, Richtlinien und Arbeitsanweisungen einschließlich der Herstellung der erforderlichen Beschlussslagen - Selbstständige Planung des Digitalisierungsbudgets, Beantragung und Abrechnung möglicher Fördermittel einschließlich der Vorlage der entsprechenden Verwendungsnachweise - Akquirieren von „Mitarbeitenden“ mit entsprechender Digital-Affinität - Aktive Einbeziehung der Belegschaft in den Prozess bzw. in die konkreten Digitalisierungsmaßnahmen. Die Themen Sensibilisierung, Partizipation sowie Schulungen der Mitarbeitenden und der Belegschaft sind eng miteinander verzahnt zu betrachten und in Abstimmung mit der Amts- und Verwaltungsleitung umzusetzen. - Berücksichtigung bzw. Umsetzung von IT-Sicherheit und Datenschutz 			50
3. Weitere Verwaltungsaufgaben <ul style="list-style-type: none"> - Weitere Verwaltungsaufgaben, die bei Bedarf im Einzelfall übertragen werden - Vertretung der Stelle 2 0 065 			15

Allgemeine Hinweise:

Beschäftigte:r mit entsprechender Qualifikation (abgeschlossene Verwaltungsausbildung und die Befähigung für das erste Einstiegsamt der Laufbahngruppe 2 oder den Abschluss des Angestelltenlehrganges II) und hoher Digital-Affinität

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Infektionsschutz und Umweltbezogener Gesundheits-
schutz / Personen-/Objektbezogener Infektionsschutz
und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

- Neuschaffung
- Streichung
- Umwandlung
- Höherbewertung
- Abwertung
- Ausweisung
- Übertragung
- Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 0,5
anerkannter Bedarf - Soll
kw-Vermerk/e
ku-Vermerk/e
(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 6 TVöD (Entgeltordnung/VKA)

Funktionsbezeichnung neu

Zahnmedizinische:r Fachangestellte:r

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:
Finanzierungsanteil:

Pakt ÖGDG
100 % (ca. 28.307 € auf der Grundlage der durchschnitt-
lichen Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle mit 0,5 Anteil zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 24.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 6 TVÖD/VKA (0,692 Stelle)	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/3	ab	01.12.2021	200
Sachgebiet 53/32 Infektionsschutz	Amtsbezeichnung Funktionsbezeichnung	Beschäftigte:r Zahnmedizinische:r Fachangestellte:r	Zeitanteil in %
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Zahnmedizinische Einrichtungen			45
<ul style="list-style-type: none"> - Beratung und Überwachung der zahnmedizinischen Einrichtungen in Bezug auf Infektionsschutz, insbesondere in Bezug auf wasserführenden Geräte. - Überprüfung von Hygienekonzepten - Überwachung des Gerätemanagements einschließlich Aufbereitung 			
2. Dialyseeinrichtungen			20
<ul style="list-style-type: none"> - Beratung und Überwachung der Dialyseeinrichtungen in Bezug auf Infektionsschutz - Überprüfung von Hygienekonzepten - Überwachung des Gerätemanagements einschließlich Aufbereitung 			
3. Zahn-, mund- und kieferchirurgische Einrichtungen			15
<ul style="list-style-type: none"> - Beratung und Überwachung in Bezug auf Infektionsschutz - Überprüfung von Hygienekonzepten - Überwachung des Gerätemanagements einschließlich Aufbereitung 			
4. Sachbearbeitung Katastrophenschutz			10
<ul style="list-style-type: none"> - Mitwirkung an der strategischen Fortentwicklung des Katastrophenschutzes - Laufende Anpassung / Weiterentwicklung des Katastrophenschutzplans der Stadt Bremerhaven, Teilkalender Gesundheit/Pandemie - Erfassung und Beratung von den genannten Einrichtungen und von entsprechenden Klinikabteilungen bezüglich der Funktionsfähigkeit im Katastrophenschutz einschließlich der Erstellung von Notfallkonzepten und der Einrichtung von Meldewegen 			
5. Stellvertretung der Stelle 2 00 (Sachbearbeitung 53/33)			10

Allgemeine Hinweise:

zahnmedizinische:r Fachangestellte:r sowie Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitsdienst

Magistrat
Organisationseinheit 53

Bremerhaven, 22.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat Gesundheitsamt
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet Infektionsschutz und Umweltbezogener Gesundheitsschutz /
Sachgebiet Katastrophenschutz 53/33

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,75
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u> der Stellenbewertung)	EG 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich Prüfung	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Stadtangestellte:r im Bereich Katastrophenschutz	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGDG
Finanzierungsanteil: 100 % (ca. 49.124 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalaufwandskosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit dem Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 14.11.2021 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 9a TVÖD/VKA (0,75 Stelle)	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/3	ab		200
Sachgebiet 53/33 Ka- tastrophenschutz	Amtsbezeichnung Funktionsbezeichnung	Beschäftigte:r Sachbearbeiter/in	Zeitanteil in %
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Sachbearbeitung Katastrophenschutz auf kommunaler Ebene und auf Ebene des Landes			65
<ul style="list-style-type: none"> - Mitwirkung an der strategischen Fortentwicklung des Katastrophenschutzes - Mitarbeit bei der laufenden Anpassung / Weiterentwicklung des Katastrophenschutzplans der Stadt Bremerhaven, Teilkalender Gesundheit/Pandemie - Unterstützung bei der Ausarbeitung und in der Folge regelmäßige Evaluierung der strategischen Vorplanungen für die Bereiche Gesundheit/Pandemie - Mit der Sachgebietsleitung koordinierte Organisation des Krisenmanagements durch strategische Fortentwicklung und Evaluierung des Katastrophenschutzes in enger Abstimmung mit Kooperationspartnern, u.a. oberste Landesbehörde (SGFV) sowie den verantwortlichen Stellen der angrenzenden Gebietskörperschaften - Evaluierung der bestehenden Beteiligung an der städtischen Krisenstabsorganisation und abgestimmte Ableitung von Handlungsnotwendigkeiten sowie deren Umsetzung - Koordinierung der Zusammenarbeit mit med. und pflegerischen Einrichtungen hinsichtlich des gesundheitlichen Katastrophenschutzes auf Sachbearbeiter- und Leitungs-Ebene - Bewertung vorgelegter Krisen-/Katastrophenschutzkonzepte hinsichtlich medizinischer Plausibilität (als berufliche Qualifikation wird daher die Ausbildung zum/zur Gesundheits- und Krankenpfleger:in gefordert) - Ausarbeitung von Übungsszenarien und Koordination regelmäßiger Testläufe 			20
2. Sachbearbeitung Katastrophenschutz Gesundheitsamt			
<ul style="list-style-type: none"> - Erfassung und Beratung von medizinischen Einrichtungen und Betreuungseinrichtungen bezüglich der Funktionsfähigkeit im Katastrophenschutz einschließlich der inhaltlichen Ausarbeitung/Erarbeitung von individuellen Notfallkonzepten. - Regelmäßige Mitarbeit in einem kommunalen Krisen-Katastrophenstab in Vertretung der Sachgebietsleitung (auch im Sinne von Schichtfähigkeit!) - Federführung und Koordinierung im Bereich des Infektionsschutzes innerhalb der Abteilung 53/3 sowie auch abteilungsübergreifend <p>Die Tätigkeit ist bei Bedarf verbunden mit der Bereitschaft zu wechselnden Arbeitszeiten nach Dienstplan, auch am Wochenende und an Feiertagen sowie mit Bereitschaftsdienst.</p>			15
3. Stellvertretung der Stelle 2 00 (Sachgebietsleitung 53/33) und der Stelle 2 00 (Zahnmedizinische:r Fachangestellte:r 53/3)			

Allgemeine Hinweise:

Gesundheits- und Krankenpfleger:in sowie Erfahrungen im öffentlichen Gesundheitsdienst

Magistrat
Organisationseinheit 53

Bremerhaven, 22.08.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

53/1 Verwaltungsabteilung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

Neuschaffung

Streichung

Umwandlung

Höherbewertung

Abwertung

Ausweisung

Übertragung

Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 1,0

anerkannter Bedarf - Soll

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA, abschließende
Stellenbewertung steht noch aus)

Funktionsbezeichnung neu

Stadtangestellte:r

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Pakt ÖGD

Finanzierungsanteil:

100% (ca. 70.040 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist – vorbehaltlich der noch ausstehenden Stellenbewertung - ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen
- und andere



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 19.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 9 c TVÖD/VKA	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/1	ab		200
1,0	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Sachbearbeiter:in	
Arbeitsplatzbeschreibung			
1. Projekte			
- Selbstständige Bearbeitung von Projekten unter Beteiligung der Fachabteilungen/amtsinternen Fachkräfte (Aquirieren von Drittmitteln, Projektplanung, Antragstellung, Begleitung, Abrechnung)			50
2. Erteilung schriftlicher Verwaltungsakte im Auftrag für die Fachabteilungen			
- Nach dem IfSG (Betretungsverbote, Beschäftigungsverbote), Trinkwasserverordnung (Bußgelder, Abgabeverbote, Auflagen), Masernschutzgesetz (insbesondere Bußgelder, Tätigkeitsverbote), Medizinproduktegesetz,			10
- Nach dem HPG (insbesondere Erlaubnisse, Verbote)			
- Nach dem Leichengesetz (Bußgeldverfahren)			
3. Zuwendungswesen			
- Selbstständige Bearbeitung von Zuwendungsanträgen einschließlich der Prüfung der Verwendungsnachweise.			10
4. Bestattungen von Amts wegen			
- Selbstständige Klärung und Prüfung, ob unter Würdigung der Sach- und Rechtslage eine Bestattung von Amts wegen eingeleitet werden muss; Durchführung bzw. Veranlassung der erforderlichen Maßnahmen einschließlich der Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber den Bestattungspflichtigen.			10
5. Bearbeitung einfacher Personalangelegenheiten und allgemeine Verwaltungsaufgaben			
- Selbstständige Bearbeitung von Anträgen auf Stundenreduzierung/-Erhöhung, auf Telearbeit sowie Wahrnehmung allgemeiner Verwaltungsaufgaben			10
6. Vertretung der Stelle 2 00 33			10

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

53/1 Verwaltungsabteilung

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	1,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA, abschließende Stellenbewertung steht noch aus)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Stadtangestellte:r	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGD
Finanzierungsanteil: 100%
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst wurde im Sommer 2020 von der Gesundheitsminister- und der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen.

Der ÖGD-Pakt basiert maßgeblich auf den Erfahrungen mit der Corona-Krise und der Erkenntnis, dass der ÖGD „in seiner ganzen Aufgabenvielfalt und auf allen Verwaltungsebenen zu stärken und zu modernisieren ist.“ Der ÖGD-Pakt zielt insofern auf eine deutliche personelle Stärkung, auf eine Modernisierung insbesondere mit Blick auf Digitalisierung, auf die Steigerung der Attraktivität und auf die Schaffung umfassender Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote. Für dieses Vorhaben stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, davon 3,1 Mrd. € für den Personalaufwuchs, inkl. Maßnahmen der Organisationsentwicklung, der Stärkung der Attraktivität der Tätigkeit im ÖGD und der Qualifizierung des Personals.

Der Personal- und Organisationsausschuss hat am 01.12.2021 den Bedarf dieser Stelle zur Umsetzung des Paktes für den Öffentlichen Gesundheitsdienst anerkannt.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist – vorbehaltlich der noch ausstehenden Stellenbewertung - ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

- Infektionsschutzgesetz
- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen
- und andere



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom *19.09.2023* (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG	TVÖD/VKA	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt	ab			200
53	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r		Zeitanteil
1,0	Funktionsbezeichnung	Referent:in		in %
Arbeitsplatzbeschreibung				
1. Bearbeitung der von der Dezernatsleitung festgelegten Handlungsfelder, die nicht originär das Gesundheitsamt betreffen <ul style="list-style-type: none"> - Themenkomplexe von aktueller Bedeutung analysieren - Erarbeitung von Lösungsansätzen, Konzepten und Entscheidungsvorlagen - Fachliche und strategische Beratung der Dezernatsleitung - Steuerung von ämter- und dezernatsübergreifenden Vorhaben mit gesundheitlichem Bezug - Fachliche Unterstützung und Zuarbeit für die Dezernatsleitung bei deren Aufgabenwahrnehmung 				50
2. Schnittstelle zwischen der Stadträtin:dem Stadtrat und dem Gesundheitsamt <ul style="list-style-type: none"> - Teilnahme an den regelmäßigen Abstimmungen zwischen der Dezernatsleitung und dem Gesundheitsamt - Koordination und inhaltliche Zusammenfassung und Bearbeitung von parlamentarischen Anfragen 				30
3. Vor- und Nachbereitung von Gremientätigkeiten (kommunal, regional, Land), die nicht dem originären Zuständigkeitsbereich des Gesundheitsamtes zuzurechnen sind <ul style="list-style-type: none"> - Vor und Nachbereitung, ggf. vertretende Teilnahme 				20

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

53 Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

53/3 Infektionsschutz, umweltbezogener Gesundheitsschutz

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,5
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 6 (vorbehaltlich Prüfung der Stellenbewertung)	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Medizinprodukteüberwachung	
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Senatorin für Gesundheit, Frauen u. Verbraucherschutz

Finanzierungsanteil: 100% (angekündigt)
(ca. 28.307 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil: 0%
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Das Medizinprodukte-Durchführungsgesetz des Bundes (MPDG) ist als Artikel 1 des Medizinprodukte-EU-Anpassungsgesetzes vom 26.04.2023 am 26. 05.2021 in Kraft getreten. Zur Umsetzung des neuen Bundesgesetzes war eine Zuständigkeitsverordnung erforderlich. Diese bestimmt, dass der Magistrat der Stadt Bremerhaven auf dem Gebiet der Stadtgemeinde Bremerhaven zuständig ist. Dadurch wurde erforderlich, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe eine Stelle einzurichten, deren Bedarf auf 0,5 VZA berechnet wurde. Die Einschätzung der anfallenden Tätigkeiten ergab eine Eingruppierung in Vergütungsgruppe EG 6 bei fachlicher Voraussetzung einer/s MFA. (vorhältlich der Überprüfung durch Amt 11/6). Im März 2023 wurde für den Magistrat entsprechend der Meldung durch Amt 53 der Personalmehrbedarf und die Sachkosten ein vorsorglicher Hinweis zu personellen Mehrbedarfen in die Deputationsvorlage aufgenommen. Die Vorlage wurde mit dem Magistrat damals abgestimmt. Nach heutiger Nachfrage beim Haushaltsreferat teilt die senatorische Behörde mit, dass man sich sehr intensiv bemüht im Rahmen der Haushaltsaufstellung die angemeldeten Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Verhandlungen laufen noch, Eckwerte liegen derzeit noch nicht vor. Eine Bestätigung für die Übernahme der Personalkosten kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht übermittelt werden.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:
- Medizinprodukte-Durchführungsgesetz des Bundes


Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 19.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet <i>unblattnoch Finanzierung</i>	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 6 TVöD	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/	ab		200
0,5 Stelle	Amtsbezeichnung Funktionsbezeichnung	Stadtangestellte/r Medizinproduktkontrolleur:in	Zeitanteil in %
Arbeitsplatzbeschreibung			
<ul style="list-style-type: none"> - Erfassung von Betrieben und Einrichtungen, die Medizinprodukte, die bestimmungsgemäß keimarm oder steril zur Anwendung kommen, aufbereiten; Abfrage der Verwendung solcher Produkte und der zur Aufbereitung verwendeten Verfahren bei entsprechenden Betrieben und Einrichtungen; Überprüfung der Risikobewertung solcher Produkte und ihrer Aufbereitung 			40
<ul style="list-style-type: none"> - Begehungen von Betrieben und Einrichtungen, die solche Medizinprodukte aufbereiten, zur Überprüfung der Prozesse von Erfassung, Klassifizierung, Aufbereitung, Lagerung und Verwendung solcher Medizinprodukte einschließlich schriftlicher Protokollierung 			40
<ul style="list-style-type: none"> - Bewertung der Einhaltung der Empfehlungen der KRINKO am RKI und des BfArM zu „Anforderungen an die Hygiene bei der Aufbereitung von Medizinprodukten“ 			20

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung) 53 Gesundheitsamt
Abteilung/Sachgebiet 53/42 Familienberatung und Gesundheitsförderung
Planstelle/Stelle Nr. 2 1 008 (0,615)
Bewertung bisher KR IV, 1/Va, 1 – EG 7 a TVöD/VKA
Funktionsbezeichnung bisher Hebamme, Kinderkrankenschwester

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|--------------------|
| <input type="checkbox"/> Neuschaffung | Stellen-Soll |
| <input type="checkbox"/> Streichung | anerkannter Bedarf |
| <input type="checkbox"/> Umwandlung | kw-Vermerk/e |
| <input type="checkbox"/> Höherbewertung | ku-Vermerk/e |
| <input type="checkbox"/> Abwertung | (ku nach BesG/EG) |
| <input type="checkbox"/> Ausweisung | |
| <input type="checkbox"/> Übertragung | |
| <input checked="" type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur: Änderung der Bemerkung | |

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis Für die Dauer der Finanzierung.

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen
Finanzierungsanteil: 100 % (vorbehaltlich Bewilligung)
(ca. 37.632 € auf der Grundlage der durchschnittlichen
Personalhauptkosten 2023)
verbleibender kommunaler Anteil: 0 €
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Der Personal- und Organisationsausschuss hat in seiner Sitzung am 21.09.2022, vorbehaltlich der Finanzierung durch die Bundesstiftung Frühe Hilfen und befristet für die Dauer der Finanzierung, die Anerkennung eines überplanmäßigen Bedarfes von 0,615 Stelle (EG 7 a TVöD/VKA) beschlossen. Hierbei handelt es sich um 24 Stunden, die auf 3 Mitarbeiterinnen verteilt sind.

Das Gesundheitsamt hat die Fördermittel 2022 und 2023 erhalten. Die Finanzierung der Stellenanteile für die Jahre 2024 und 2025 wird über das federführende Amt für Jugend, Familie und Frauen bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport zeitnah beantragt. Es wird mit der Bewilligung der Fördermittel in beantragter Höhe der Vorjahre gerechnet. Ein Zuwendungsbescheid liegt zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vor.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:

Bundeskinderschutzgesetz vom 01.01.2012



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 19.09.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 53 Gesundheitsamt
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet 53/1

Planstelle/Stelle Nr. 20099

Bewertung bisher EG 9a

Funktionsbezeichnung bisher Stadtangestellte/r

<input type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	0,013
<input checked="" type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: **durch Dritte:**

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Pakt ÖGD

Finanzierungsanteil: 100%

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Es handelt sich um einen Rundungsfehler zum Stellenplan 2022/2023 in Höhe von 0,013 VZA aus der Aufstockung der Stellen 20025 und 20033. Der Überhang ist nach Abstimmung mit dem Personalamt zu streichen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom *19.09.2023* (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Magistrat
Organisationseinheit 53/1

Bremerhaven, 18.10.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung) **Gesundheitsamt - 53**

Abteilung/Sachgebiet **Katastrophenschutz**

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll :	0,5
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u>	EG 13	
Funktionsbezeichnung <u>neu</u>	Projektbetreuung	
Befristung bis	36 Monate	

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/~~Einsparung~~ pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: BMBF
Finanzierungsanteil: 100%
verbleibender kommunaler Anteil:
Einnahme-Haushaltsstelle: 0%

Begründung:

Im Rahmen eines Forschungsauftrags des Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wurde zur Sicherstellung und Verbesserung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung bei krisenhaften Ereignissen ein entsprechender Projektantrag des Konsortiums, bestehend aus den Ämtern 37, 50, 53, 58, der Hochschule Bremerhaven, den EBB und dem BIT, eingereicht. Mit einer Projektzusage verbunden ist die Finanzierung von entsprechenden Projektstellen. Hierzu zählen 0,5 VZÄ für die Projektlaufzeit von 36 Monaten. Die Refinanzierung der Einrichtung der Stellen ist aufgrund der Vollförderung durch das BMBF sichergestellt. Zusätzlich der vollumfänglichen Refinanzierung sind 20% Arbeitsplatzpauschalen, Reisekosten sowie eine IT-Pauschale im Förderumfang enthalten. Die einzurichtenden 3,0 VZÄ insgesamt teilen sich in 2,0 VZÄ EG 13 und 1,0 VZÄ EG 5 auf.

Zum Haushaltsjahr 2024/2025 ist ein Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage:



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 53 Gesundheitsamt
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet noch offen

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		

Bewertung neu EG 10 (vorbehaltlich Prüfung der Stellenbewertung)

Funktionsbezeichnung neu Fachkraft für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Senatorin f. Gesundheit, Frauen u. Verbraucherschutz
Finanzierungsanteil: 100% (angekündigt)
(ca. 156.000 € auf der Grundlage der durchschnittlichen
Personalhauptkosten 2023)

verbleibender kommunaler Anteil: 0%
Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Im Jahr 2018 startete das Landesprojekt „Gesundheitsfachkräfte an Bremer Grundschulen“ im Rahmen der Förderung durch das Präventionsgesetz. Im Jahr 2021 wurde dieses Projekt verstetigt und zunächst auch in der Stadtgemeinde Bremen erweitert. Die Erweiterung der Tätigkeit von Gesundheitsfachkräften an Schulen wurde in Bremerhaven leider erst mit einer zeitlichen Verzögerung Ende 2022 umgesetzt.

Der Projektstruktur und den Wirrungen der Coronazeit geschuldet ist es aktuell so, dass eine der Gesundheitsfachkräfte an Bremerhavener Schulen im Gesundheitsamt Bremen und die zweite Gesundheitsfachkraft an Bremerhavener Schulen im Rahmen der Ausweitung des Projektes bei der LVG (Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen-Bremen) angestellt ist.

Die Gesundheitsfachkräfte an Schulen sind in der Stadtgemeinde Bremen Mitarbeiter:innen des Gesundheitsamtes Bremen.

Gemäß Koalitionsvertrag des Landes Bremen sowie Auskunft der senatorischen Behörde ist beabsichtigt, mit Verabschiedung des neuen Haushaltes auch die Erweiterung der Gesundheitsfachkräfte an Schulen in Bremerhaven zu verstetigen. Vor diesem Hintergrund besteht die Notwendigkeit, die organisatorischen Voraussetzungen dafür zu schaffen und eine vernünftige organisatorische Umsetzung anzustreben.

In Analogie zur Stadtgemeinde Bremen sind im Gesundheitsamt Bremerhaven 2,0 Stellen einzurichten und den aktuellen Mitarbeiter:innen ist die Übernahme in ein Angestelltenverhältnis beim Magistrat anzubieten.

Die notwendige fachliche Abstimmung und Anleitung mit LVG und Gesundheitsamt Bremen werden durch das Gesundheitsamt Bremerhaven sichergestellt.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage: Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (ÖGD-Gesetz)



Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom *21.11.2023* (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet <i>unbedeutend Finanzierung</i>	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	EG 10 TVÖD/VKA	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53	ab		200
1,0	Amtsbezeichnung	Beschäftigte:r	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Fachkraft für Prävention und Gesundheitsförderung an Schulen	
Arbeitsplatzbeschreibung 1. Gesundheitspädagogische Aufklärungsarbeit und Förderung der kritischen Gesundheitskompetenz (Verhaltensprävention) mit lateraler Führungsverantwortung Umsetzung und Etablierung von adäquaten verhaltenspräventiven Maßnahmen, z.B. Unterrichtseinheiten und Arbeitsgemeinschaften (AGs) mit bedeutender eigenverantwortlicher Entscheidungskompetenz an der Schule – Tätigkeit ist teilweise vergleichbar mit der des Lehrpersonals TVöD 13. <ul style="list-style-type: none"> - Konzeptarbeit: eigenverantwortliche Erarbeitung von gesundheitspädagogischen Konzepten für Unterrichtseinheiten, AGs, Projektarbeiten/-wochen. Dies beinhaltet die Recherche von evidenzbasierten Inhalten, Beschaffung und Erstellung der Arbeitsmaterialien, Auswahl von alters- und leistungstypischen Methoden, Anpassung an die Zielgruppen mit unterschiedlichen Alters-, Leistungs- und Entwicklungsstufen. - Eigenverantwortliche Durchführung von Unterrichtseinheiten, AGs und Projekten unter Berücksichtigung der Methodik und Didaktik moderner Gesundheitspädagogik in den Themenfeldern: Bewegung, Ernährung, Medienkonsum, psychosoziale Gesundheit, Hygiene, Sicherheit im Straßenverkehr, Erste-Hilfe, Sucht und Weiteres: <ul style="list-style-type: none"> - dazu gehören gesundheitsbezogener Unterricht (z.B. Ernährungspyramide, gesunder Umgang mit Medien, Sonnenschutz, Ernährungsführerschein), Bewegungspausen, AGs (Kochen, Entspannung, Bewegung etc.) - dabei flexible und adäquate Anpassung der Methodik sowie der Inhalte je nach Alter und Leistungsstand - zusätzlich bestehen besondere Herausforderungen durch psychische sowie physische Verhaltensauffälligkeiten, Gewaltbereitschaft und Sprachbarrieren bei den Kindern - Reflexion mit den Lehrkräften, Sonderpädagog:innen, Sozialarbeiter:innen, Erzieher:innen und Nachbereitung von Unterrichtseinheiten zur Qualitätssicherung, kontinuierliche Bedarfserhebung, Entwicklung und Durchführung der Maßnahmen, Evaluation, Anpassung für weitere Klassen (nach Plan-Do-Check-Act-Cycle) - Beratung und Unterstützung von Lehrkräften zur Ausarbeitung und Umsetzung von gesundheitsbezogenem Unterricht - Erstellung eines Curriculums gesundheitsbezogener Unterrichtseinheiten für eine einheitliche Tätigkeit der GefaS. Die Umsetzung erfolgt in selbstorganisierten Teams zur kontinuierlichen Qualitätsverbesserung 			30

- Förderung von gesundheitlicher Chancengleichheit und Gesundheitskompetenz durch die gesundheitspädagogische Aufklärungsarbeit unter Berücksichtigung der besonderen Bedarfe und Anforderungen der Schüler:innen in strukturell benachteiligten Quartieren. Multiple Herausforderungen erfordern ein stetig angepasstes Verhalten der GefaS. Die Komplexität liegt darin:
 - verringerte Aufnahmefähigkeit durch unbefriedigte Grundbedürfnisse (Schlaf, Nahrungsaufnahme, geringe Flüssigkeitsaufnahme, Bewegungsmangel und Weitere)
 - weitere Problemlagen sind u.a.: Wohnraumverhältnisse, Familienverhältnisse, finanzielle Mittel, Sprachverständnis, Gewalt (körperliche, psychische, sexualisierte, häusliche Gewalt), erhöhter Medienkonsum, geringes Bildungsniveau (Krankheitsübertragung, Hygiene, Aufklärung, Erziehungskompetenz)

2. Verhältnispräventive Maßnahmen zur Gestaltung eines gesundheitsfördernden (Schul-)Umfeldes mit lateraler Führungsverantwortung

30

Umsetzung und Etablierung von verhältnispräventiven Maßnahmen in den Schulen u.a. zu den Themen Ernährung, Bewegung, Umgang mit Medien, psychosoziale Gesundheit, Sucht, Hygiene.

- Initiierung von z.B. Bewegungs- und Entspannungsangeboten, Erste-Hilfe Projekten, Verkehrsprojekten auf dem Schulgelände sowie gezielte Materialbeschaffung zur Verbesserung des gesundheitsförderlichen Verhaltens
- Leitung und Mitarbeit an inner- und außerschulischen Netzwerken/Gremien z.B. Steuergruppen, Mensaausschüssen, Kooperation mit Mensa-Team, Lebensmittelanbieter:innen, Migrationsarbeitskreis, Arbeitskreis Kinder und Jugendliche
- Enge Zusammenarbeit mit Schulpersonal u.a. Zentrum für unterstützende Pädagogik (ZuP), Schulsozialarbeit, Schulleitung, Lehrkräfte
- Schaffung gesundheitsförderlicher Rahmenbedingungen durch Erweiterung der Handlungsschwerpunkte an den Schulen wie z.B. Entspannungsräume für Schüler:innen, Powerraum, psychomotorische Geräte nach Hengstenberg
- Beantragung von Geldern, z.B. WiN-Anträge, Stark im Sozialraum, EU-Schulprogramm
- Implementierung von Programmen externer Anbieter:innen, z.B. Klasse 2000, Ernährungsführerschein, Skipping Hearts, Eigenständig werden, Gemüse-Ackerdemie, Roller- und Fahrradführerschein
- Öffnung der Schulen für gesundheitsrelevante Projekte von Akteur:innen im Stadtteil, z.B. Sportangebote auf dem Schulhof
- Schulhofgestaltung wie z.B. Schulgarten, Spielgerätehaus mit Bewegungsmaterialien

3. Entwicklung eines niedrigschwelligen Zugangs zur Gesundheitsversorgung und Etablierung von gesundheitsbezogenen Angeboten mit lateraler Führungsverantwortung zur Förderung der Chancengleichheit

20

Eigenverantwortliche Entwicklung konkreter Maßnahmen zur Vermittlung in angemessene inner- und außerschulische Unterstützungsangebote (Gesundheitliche Versorgungsplanung) und Förderung der kritischen Gesundheitskompetenz.

- Beratung zu gesundheitsbezogenen Themen für Kinder und Erziehungsrechtige unter Einbringung interkultureller Kompetenzen. Dabei erfolgt stets eine Berücksichtigung multipler Herausforderungen in strukturell benachteiligten Stadtteilen, z.B. Sprachbarrieren, niedriges Bildungsniveau, Armut, geringe Compliance der Erziehungsberechtigten durch beispielsweise erschwerte Erreichbarkeit, Erfahrung von Gewalt, Suchtproblematiken, psychische Erkrankungen, Fluchterfahrung und Traumata sowie Ängste unter Wahrung des Datenschutzes
- Prävention und Gesundheitsförderung im Sinne einer Präventionskette mit ganzheitlicher Betrachtung der Schüler:innen: Weiterverfolgung der Schuleingangsuntersuchungsergebnisse bei Kindern mit besonderen gesundheitlichen Bedarfen (Unterstützung, Beratung, Vermittlung bei der Hilfsmittelversorgung und bei Therapien von z.B. chronischen Erkrankungen). Die Einschätzung von Dringlichkeiten erfolgt unter Berücksichtigung fachlicher medizinischer und pflegerischer Kenntnisse.
- Elternarbeit: u.a. Organisation von Informationsveranstaltungen und Elternabenden zu Themenschwerpunkten wie Medienkompetenz, Ernährung, psychische Gesundheit etc.; Etablierung eines regelmäßigen Elterncafés
- Beratung und Unterstützung des Schulpersonals zu gesundheitlichen Themen

Reichweite bzw. Einflussbereich einer Vollzeit-GefaS sind durchschnittlich 600 Kinder und deren Familien sowie das Schulpersonal an zwei Schulstandorten.

4. Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit mit lateraler Führungsverantwortung

20

Eigenverantwortliches Auswählen adäquater Kooperationspartner:innen, um multiprofessionelle Zusammenarbeit zu planen und umzusetzen. Bestehende Kooperationen werden stetig angepasst und neue aufgebaut.

- GefaS lassen sich zu Multiplikator:innen von Programmen (z.B. eigenständig werden, Klasse 2000) weiterbilden, wodurch sie zu eigenverantwortlichen Anwendungen befähigt werden
- Teilnahme an Netzwerken/Gremien wie z.B. Arbeitskreisen, Austauschtreffen, WiN-Foren sowie Leitung und Moderation von Arbeitskreisen, Steuergruppen, Workshops etc.
- Vorstellung der eigenen Person und der Tätigkeiten der GefaS bei potentiellen Kooperationspartner:innen
- Einarbeitung und Qualifizierung von neuen Mitarbeitenden und Praktikant:innen

Bisherig bestehende Vernetzungen mit Institutionen sind u.a.:

- Gesundheitsamt: u.a. Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD), Kommunaler Strukturaufbau, KiPSY, Zahnärztlicher Dienst

- Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e. V. (LVG & AFS Nds. HB e. V.)
- Stadtteil und Quartier: u.a. Gesundheitsfachkräfte im Quartier (GiQs), Quartiersmanagement, Regionale Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (ReFaps), Kitas, Familienzentren, Sportvereine, Kontaktpolizei; unterschiedliche Glaubenseinrichtungen und Gemeinschaften
- Schule: Schulleitung, ZuP-Leitung, Lehrkräfte, pädagogisches Personal und Weitere; Landesinstitut für Schule (LIS)
- Weitere gesundheitsbezogene Einrichtungen/Akteur:innen: Krankenkassen, (Kinder-)Arztpraxen, Sozialpädiatrisches Institut, Landessportbund Bremen, Kinderhörzentrum Bremen, Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK), Volkshochschule (VHS) etc.

Weitere Kooperationen mit Organisationen:

- Bewegung und Mobilitäts- und Verkehrserziehung: Move Kids, Bewegungs- und Ernährungsmobil (BEMIL), Sportmobil, Verkehrswacht, ADAC, Rollerführerschein, Hip Hop Tanz, Kinder Yoga, Stiftung Aktion Hilfe für Kinder (Tryze.active), Sportgarten e.V. Bremen, Bewegungslots:innen, Landessportbund Bremen, Come-back-andconnect (etage)
- Ernährung und Umwelt: Landfrauen, Sarah-Wiener-Stiftung (Ich kann kochen!), GemüseAckerdemie, EU-Schulprogramm, BrotZeit
- Psychischer und physischer Gewalt: Schattenriss, Jungenbüro, Refugio, Mädchenhaus
- Psychosoziale Entwicklung: Erziehungsberatungsstelle, Friedenstreppe, MeTaZeit
- Medien: Netcoaches Mini (Creadic), Medienführerschein Bayern, Projekt gesunder Umgang mit Medien im Kindes- und Jugendalter
- Erste-Hilfe: DRK (z.B. Junior Helfer), Jugendfeuerwehr
- Hygiene: Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege im Lande Bremen e.V. (LaJB)
- Übergreifende Bereiche: Regionales Unterstützungs- und Beratungszentrum (RebuZ), Klasse 2000, Eigenständig werden, Sprinter Dolmetscher:innen, freiwillige Helfer:innen (z.B. Zeitstifter, Lesepat:innen)
- Fachkräfte für Gesundheit an Schulen (z.B. School Nurses) aus anderen Bundesländern, z.B. Gütersloh, Berlin/Brandenburg, Hamburg, Dänischer Gesundheitsdienst, Wiener Gesundheitsfachkräfte an Schulen

Die GefaS sind neben ihren schulischen und außerschulischen Tätigkeiten auch im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Es entsteht ein vermehrtes Maß der Verantwortung durch das eigenständige Erstellen von Präsentationen oder Vorträgen für die jeweiligen Kooperationspartner:innen. Dies dient ebenfalls der Darstellung der Berufsgruppe der GefaS. Kooperationspartner:innen sind u.a.:

- Stadtteilakteur:innen
- Mitwirkung bei Auftritten und Interviews in Medien (Webseite, Fernsehen, Podcast, YouTube, Itslearning, Zeitung, Radio)
- Senatorische Behörden Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Soziales, Jugend, Integration und Sport sowie Kinder- und Bildung
- Universität Bremen und Hochschule Bremen

- | | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Referententätigkeiten z.B. Vorstellung der Arbeit/Berufsbild der GefaS bei Veranstaltungen, Konferenzen, Gesundheitsfächtagen, DBfK- Krankenkassen | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|

Beitrag zur Wissenschaft

- | | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
| <ul style="list-style-type: none">- Mitwirkung an wissenschaftlichen Studien und Forschungsvorhaben- Teilnahme an Fokusgruppen zur wissenschaftlichen Forschung und Unterstützung dieser Studien- Ermöglichung zur Hospitationen der externen Forschenden an den Schulen | |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|

Magistrat
Organisationseinheit 53/1

Bremerhaven, 13.11.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53)

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat 53 Gesundheitsamt
 (Organisationsnummer und Bezeichnung)

Abteilung/Sachgebiet Sozialpsychiatrischer Dienst (Abtl. 53/5)

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

<input checked="" type="checkbox"/> Neuschaffung	Stellen-Soll	2,0
<input type="checkbox"/> Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	
<input type="checkbox"/> Umwandlung	kw-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Höherbewertung	ku-Vermerk/e	
<input type="checkbox"/> Abwertung	(ku nach BesG/EG)
<input type="checkbox"/> Ausweisung		
<input type="checkbox"/> Übertragung		
<input type="checkbox"/> Redaktionelle Korrektur		
Bewertung <u>neu</u> EG S12 (vorbehaltlich Prüfung der Stellenbewertung)		
Funktionsbezeichnung <u>neu</u> Streetwork Sucht- und Drogenberatung		
Befristung bis		

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: *+ 158.220 € (ab 2025)*
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger: Für die Dauer von 12 Monaten ab Stellenbesetzungen konnten Projektgelder („Landesprogramm Lebendige Quartiere“) für 1,78 Stellen (132.000 €) akquiriert werden.

Finanzierungsanteil: 2024: 100%-ige Finanzierung durch Projektgelder
verbleibender kommunaler Anteil: 2025: ca. 148.300 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss vom 19.04.2023 (Vorlage Nr. XI/ 3/2023) hat sich der Magistrat dafür ausgesprochen, dauerhaft 2 Vollzeitstellen für Streetwork im Bereich der Sucht- und Drogenberatung im Stellenplan des Gesundheitsamtes zu verankern. Hintergrund ist insbesondere, dass verschiedene öffentliche Orte, an denen sich Menschen mit Suchtmittelkonsum aufhalten, als problematisch wahrgenommen werden. Dies betrifft zurzeit die Orte Hafensstraße (Penny-Markt); Stadtpark Lehe und Hanse-Carré. Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzer:innen des öffentlichen Raums sind verbunden mit erhöhten Anforderungen an die Sucht- und Drogenhilfe. Neben polizeilichen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen werden auch von der Sucht- und Drogenhilfe Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation erwartet.

Zwar hat der Magistrat am 13.09.2023 (Vorlage Nr. II/ 75/2023) beschlossen, dass die Aufgabe Streetwork statt durch eine zusätzliche Personaleinstellung im städtischen Gesundheitsamt ebenfalls durch eine Beauftragung der AWO Bremerhaven - im Rahmen einer Integrierung in die bereits bestehenden vertraglichen Tätigkeiten – umgesetzt werden darf. Da die vertraglichen Abstimmungen mit der AWO jedoch noch nicht abgeschlossen sind, ist zum aktuellen Zeitpunkt ebenfalls ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage: Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (ÖGD-Gesetz)



Neuhöf
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom 21.11.2023 (wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	S 12 TVöD	Stellen-Nr.
Abteilung/Abschnitt 53/5	ab		200
	Amtsbezeichnung	Sozialarbeiter:in/Sozialpädagog: in	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Streetwork Sucht- und Drogenberatung	
<ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige aufsuchende Kontaktaufnahme zu suchtmittelkonsumierenden Menschen im Stadtgebiet, an deren informellen Treffpunkten und ambulante Betreuung durch regelmäßige aufsuchende Arbeit an wechselnden Orten. • Kooperation und Vermittlung mit und in weitergehenden Hilfen • Auffangen und Bearbeiten von Krisen • Psychosoziale Entlastung/Beratung • Angebot von Sprechstunden für abhängigkeitskranke Menschen, Angehörige und Anwohner • Beratung und Hilfestellung bei Problemen und Konflikten • Schlichtung und Vermittlung zwischen unterschiedlichen Anspruchsgruppen mit dem Ziel, die gegenseitige Akzeptanz zu fördern und zu verbessern • Zusammenarbeit mit Wohnungsnotfallhilfe, Jugendhilfe, Stadtteilkonferenzen, Schulen, Freizeiteinrichtungen und anderen Institutionen • Planung, Organisation und Durchführung von Projekten und niederschweligen Angeboten. 			

No2

Magistrat
Amt 11/31

Bremerhaven, 27.09.2023

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat (Organisationsnummer und Bezeichnung) Betriebliche Suchtkrankenhilfe

Abteilung/Sachgebiet 53S

Planstelle/Stelle Nr. 2 0 001

Bewertung bisher EG S 15 TVöD Entgeltordnung / VKA

Funktionsbezeichnung bisher Sozialarbeiter:in/-pädagog:in

<input type="checkbox"/>	Neuschaffung	Stellen-Soll	<input type="text" value="1.0"/>
<input checked="" type="checkbox"/>	Streichung	anerkannter Bedarf - Soll	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Umwandlung	kw-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Höherbewertung	ku-Vermerk/e	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/>	Abwertung	(ku nach BesG/EG)	
<input type="checkbox"/>	Ausweisung		
<input type="checkbox"/>	Übertragung		
<input type="checkbox"/>	Redaktionelle Korrektur		

Bewertung neu

Funktionsbezeichnung neu

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt:

Ausgaben/Einsparung pro Jahr: **- 85.060 €**
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal: durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Finanzierungsanteil:

verbleibender kommunaler Anteil:

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Die Amtsstelle wurde zum 31.12.2022 aufgelöst.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Nein Ja - Rechtsgrundlage:

Greda

Fachausschuss: Beschluss vom

Magistrat
11

befürwortet

abgelehnt

Beratung im Personal-
und Organisations-
ausschuss erforderlich

zurückgestellt
(s. Protokoll)

Empfehlung der Verwaltung nach der
Beratung mit dem Gesamtpersonalrat

Beschluss des Personal- und
Organisationsausschusses